



GBP-Monitor: Kostendruck steigt – 86% der Einzelhändler planen weitere Preiserhöhungen

Jannis Bischof | Philipp Dörrenberg | Davud Rostam-Afschar |
Thomas Simon | Dirk Simons | Johannes Voget*

Rund drei Monate nach Beginn des Ukraine-Kriegs erholen sich die betriebswirtschaftlichen Kennzahlen deutscher Unternehmen wieder. Das zeigt der Juni-Bericht des German Business Panel (GBP). Belastet werden Unternehmen derzeit jedoch durch den anhaltenden Kostendruck, den sie wiederum an ihre Kunden weitergeben. Aktuell geben mehr als drei von vier Unternehmen an, die Preise in den kommenden zwölf Monaten erhöhen zu wollen. Unternehmen, die von Energiekosten oder Lieferkettenproblemen betroffen sind und im Zuge eines möglichen Gas-Embargos zusätzliche finanzielle Belastungen erwarten, erhöhen ihre Preise deutlich häufiger. Die Zustimmung für ein Gas-Embargo sinkt zunehmend.

Finanzielle Belastungen durch den Krieg

Der Ukraine-Krieg hat die betriebswirtschaftlichen Erwartungen erheblich beeinträchtigt, sodass das Auslaufen der Corona-Maßnahmen im März den Einbruch der Gewinnerwartungen nur kurz bremsen konnte. Der starke Rückgang der betriebswirtschaftlichen Erwartungen scheint seit dem Kriegsausbruch zunächst aber gestoppt, da sich im Vergleich zu April die Umsätze, Gewinne und Investitionen im Mai stabilisiert haben. Trotz des positiven Trends gibt es weiterhin eine hohe Unsicherheit hinsichtlich der Folgen des Kriegs, da auch der anhaltende Kostendruck die betriebswirtschaftliche Situation der Unternehmen sehr belastet.

* Prof. Dr. Jannis Bischof | Lehrstuhl für ABWL und Unternehmensrechnung | Universität Mannheim
Prof. Dr. Philipp Dörrenberg | Lehrstuhl für ABWL und Betriebswirtschaftliche Steuerlehre |
Universität Mannheim
Dr. Davud Rostam-Afschar | Akademischer Leiter des German Business Panels | Universität
Mannheim
Thomas Simon | Lehrstuhl für ABWL und Rechnungswesen | Universität Mannheim
Prof. Dr. Dirk Simons | Lehrstuhl für ABWL und Rechnungswesen | Universität Mannheim
Prof. Dr. Johannes Voget | Lehrstuhl für ABWL, Taxation & Finance | Universität Mannheim

Weniger Neuinvestitionen und Neueinstellungen

Unternehmen, die durch die Sanktionen gegen Russland besonders getroffen sind, reagieren mit weniger Investitionen und Einstellungen. Seit Kriegsbeginn zeigt sich ein deutlicher Rückgang: Wollten Mitte Februar noch beinahe 60 % der Unternehmen in Deutschland Neuinvestitionen tätigen, galt dies im Mai nur noch für etwa 40 %. Die Anzahl an Unternehmen, die zusätzliche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen einstellen wollen, sinkt ebenfalls – wenngleich in etwas abgeschwächter Form: Während vor dem Krieg noch 31,1 % der Unternehmen Neueinstellungen vornehmen wollten, waren es zuletzt nur noch 27,4 %. Dies entspricht einem Rückgang um 12 %.

Steigende Energiekosten als signifikanter Preistreiber

Die betriebswirtschaftliche Situation vieler Unternehmen wird durch die Energiekosten und die Lieferkettenprobleme stark belastet. Diesen Kostendruck geben Unternehmen zunehmend an ihre Kunden weiter. Während fast die Hälfte der Unternehmen, die keine Belastungen durch den Krieg tragen, ihre Preise erhöhen wollen, gilt das für 73 % der Unternehmen, die steigende Energiekosten tragen müssen. Störungen der Lieferketten erhöhen die Wahrscheinlichkeit für Preiserhöhungen um etwa 10 Prozentpunkte. Gerade im Handel und im Verarbeitenden Gewerbe ist die Neigung zu Preissteigerungen sehr hoch.

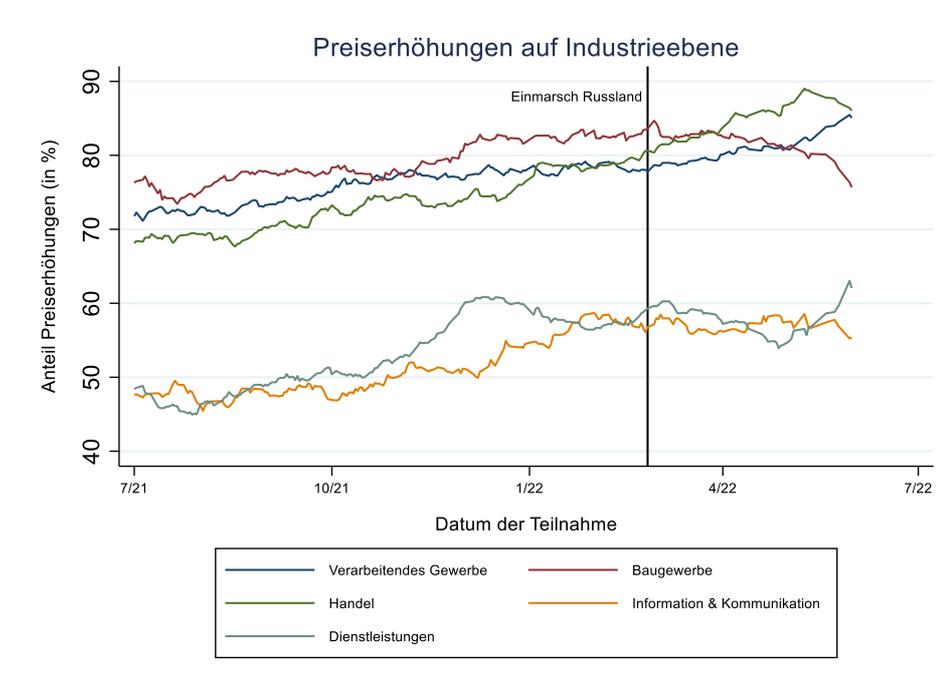


Abbildung 1: Preiserhöhung seit Juli 2021 auf Industrieebene.

Anpassungsfähigkeit an mögliche Gasrationierungen

Eine Rationierung von verfügbarem Gas würde drei von vier deutschen Unternehmen belasten: Lediglich 25 % der Unternehmen geben an, weder direkt noch indirekt auf Gaslieferungen angewiesen zu sein. Während Erdgas nur von einem kleinen Teil der Unternehmen (3,4 %) direkt in der Produktion eingesetzt wird, geben 53 % der Unternehmen an, dass sie Vorleistungen von Unternehmen beziehen, die direkt von der Gasversorgung abhängig sind. Sie befürchten daher im Fall einer Gasrationierung Probleme entlang der Wertschöpfungskette. Die Hälfte der befragten Unternehmen nutzt Gas für Heizzwecke.

Die Anpassungsfähigkeit der Unternehmen an eine Gasrationierung hängt von der Art der Gasnutzung ab. Wird Gas für den eigenen Heizbedarf eingesetzt, erwarten nur 7,4 % der Unternehmen, dass die Anpassung an die reduzierten Gasmengen mehr als zwei Jahre in Anspruch nimmt. Wenn Gas jedoch ein Produktionsfaktor in der Wertschöpfung ist, rechnen über 30 % der Unternehmen mit einer notwendigen Anpassung von mehr als zwei Jahren.

Quelle

Die Meldung basiert auf „Betriebswirtschaftliche Einschätzungen und Erwartungen von Unternehmen in Deutschland. GBP-Monitor: Unternehmenstrends im April 2022. TRR 266 Accounting for Transparency. <https://doi.org/10.52569/DTWT9240>.“, „Betriebswirtschaftliche Einschätzungen und Erwartungen von Unternehmen in Deutschland. GBP-Monitor: Unternehmenstrends im Mai 2022. TRR 266 Accounting for Transparency. <https://doi.org/10.52569/MARV8105>.“ sowie „Betriebswirtschaftliche Einschätzungen und Erwartungen von Unternehmen in Deutschland. GBP-Monitor: Unternehmenstrends im Juni 2022. TRR 266 Accounting for Transparency. <https://doi.org/10.52569/CLRJ1409>.“ von Jannis Bischof, Philipp Dörrenberg, Davud Rostam-Afschar, Dirk Simons und Johannes Voget.